

**100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT 1919 BIS 2019**

# **Stimmen aus dem Hamburger Parlament**

**oder**

**wie männliche Abgeordnete spontan mit Zwischenrufen auf Reden von weiblichen Abgeordneten reagierten (und sich in ihren eigenen Reden auf die Vorrednerin bezogen)**

**Eine kleine Auswahl von 1922 bis 2018 (Stand: Dezember 2018)**

**Recherchiert und zusammengestellt von Dr. Rita Bake**



**Landesfrauenrat  
Hamburg e.V.**

**Seit dem erfolgreichen Kampf um das Frauenwahlrecht vor hundert Jahren agieren Frauen als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft.**

**Auf diesem Leporello präsentieren wir Ihnen 16 Beispiele von Mann-Frau-Kommunikation im Parlament: Zwischenrufe von männlichen Abgeordneten oder ihre Reaktionen auf ihre Vorrednerin – insbesondere, wenn es um Frauen betreffende Themen ging.**

## 5. APRIL 1922 *Bürgerschaftssitzung (Stenographische Berichte, 18. Sitzung, S. 447)*

**Emmy Beckmann** (Deutsche Demokratische Partei) reagiert auf die Vorgabe der Behörde, dass ein Drittel der an den Mädchenschulen unterrichtenden Lehrkräfte Männer sein müssen:

„Wir wünschen die männlichen Lehrer an der Mädchenschule, ich möchte das vorausschicken, um Mißdeutungen vorzubeugen, wie wir die weibliche Erzieherin an den Knabenschulen auch für notwendig und wertvoll halten, aber wir glauben nicht, daß es richtig ist, daß man um jeden Preis eine bestimmte Anzahl von männlichen Lehrern für die Mädchenschule vorschreibt. (...) Es ist ein offenes Geheimnis, meine Herren, daß die Mädchenschule als eine Lückenbüßerin für die männlichen Philologen gilt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß nicht die besten Philologen an die höhere Mädchenschule gehen (...). Sie können uns nicht glauben machen, daß diese Lehrkräfte von ausschlaggebender Bedeutung für die Erziehung der Mädchen sein können. Sie können uns nicht glauben machen, daß es richtiger ist, Mädchen von solchen, sie doch immerhin nur als Erziehungsobjekte zweiter Klasse wertenden Lehrern, erziehen zu lassen, als von Frauen, die es als ihre Lebensaufgabe ansehen, Mädchen zu erziehen. (...) Und es ist (...) absolut notwendig, dafür zu sorgen, daß die Mädchenerziehung viel mehr als das bisher geschehen ist, unter weiblichen Einfluß kommt. Es ist notwendig deswegen, weil nur die Frau weiß, wozu sie Frauen erziehen soll. (...)“

**Zuruf:** „Nur die verheirateten Lehrerinnen!“\*

**Emmy Beckmann:**

„Sie werden nicht verlangen, daß ich auf den Zuruf antworte.“

\* Wie so viele Lehrerinnen war auch E. Beckmann nicht verheiratet. Lehrerinnen fielen seit 1880 immer wieder – je nach Arbeitsmarktlage – unter das Lehrerinnenzölibat: Es legte die Unvereinbarkeit von Ehe und Beruf für Lehrerinnen fest. Nach bürgerlichem Ideal sollte eine Frau zur Ehe- und Hausfrau sowie Mutter erzogen werden. 1919 wurde das Lehrerinnenzölibat abgeschafft, 1923 aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wieder eingeführt, 1950 abgemildert, 1951 abgeschafft – außer in Baden-Württemberg. 1957 hob das Bundesarbeitsgericht die Zölibatsklausel auf.

**Adele Reiche** (SPD) zum Thema „weibliche Berufsschule“

„Es fehlt in der weiblichen Berufsschule an einer sachverständigen Aufsicht. Nach dem §6 über die Verwaltung des Berufsschulwesens führen die Aufsicht die Schulräte aus. Die Aufsicht kann aber den Verwaltungskörpern übertragen werden. Das muss überall da geschehen, wo sachverständige Schulräte nicht vorhanden sind. (...) Bei der allgemeinen Berufsschule für das weibliche Geschlecht ist es aber so, daß die Aufsicht über den Unterricht in Säuglingspflege und Mutterschutzfragen der männliche Schulrat ausübt. Ich glaube, das ist keine sachverständige Aufsicht! Und ich möchte die Worte wiederholen, die vor einer Stunde Fräulein Beckmann ausgesprochen hat: Es werden auch die Frauen, die von sich aus nicht Frauenrechtlerinnen sind, allmählich auf diese Bahn getrieben, weil die berechtigten Wünsche der Frauen nicht berücksichtigt werden. Arbeiter würden es sich nicht gefallen lassen, wenn man ihnen sagte: Eure Interessen sind im Senat durch die Volkspartei vertreten; die wünschen, daß ihre Leute im Senat ihre Interessen vertreten. Und so müssen auch die Frauen wünschen, daß ihre Interessen von Frauen vertreten werden.“

**Zuruf:** „Von Frauen, nicht von alten Jungfern!“ \*

\* eine ältere, nicht verheiratete Frau (Siehe dazu auch vorherige Seite zum Lehrerinnenzölibat.)

*Magda Langhans (KPD): Antrag von Langhans und Genossen: „Sonderzuteilungen auch an 18- bis 25-jährige Frauen“*

*„Meine Herren und Damen! Wenn wir heute Deutschland neu aufbauen wollen, so können wir es praktisch nur durch die tätige Mitarbeit der Frauen. Aber wir können heute nicht verlangen, den Frauen nur Pflichten aufzuerlegen, sondern man muß ihnen auch die Rechte, die allen anderen Staatsbürgern und allen anderen Menschen zustehen, einräumen. (...) Ich glaube, daß alle Parteien wohl dafür sind, daß heute die Frauen gleichberechtigt auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens sind. Es ist Bohnenkaffee extra verteilt worden, Süßwaren sind verteilt worden, die Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren erhalten dies alles nicht. Ich glaube in einem neuen Deutschland, in einem neuen demokratischen Staat soll man auch hier jeder Frau dasselbe Recht einräumen wie den Männern. (...)“*

*Nachredner Otto Borgner (SPD):*

*„Wir stimmen dem Antrag der Kommunistischen Fraktion besonders gern zu. Es handelt sich um einen Teil der Bevölkerung, der gerade bei den Männern sich einer besonderen Beliebtheit erfreut.“  
(Heiterkeit im Parlament)*

**Emmy Beckmann** (FDP): Antrag: dem Senatorengesetz hinzuzufügen: „Dem Senat müssen Frauen angehören“\*

„Meine Herren und Damen! Ich habe mir vorgenommen, während des kurzen Restes meines Lebens in der politischen Arbeit dafür zu kämpfen, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Frau voll verwirklicht werden, durch Erziehung, durch Weckung des staatsbürgerlichen Interesses, durch die Werbung zur politischen Arbeit, aber auch durch die immer erneute Forderung in den Gremien, die mir offen sind, daß durch Einschaltung geschulter und arbeitsfähiger Frauen auch in den oberen Stellen, auch in unserer Regierung den Forderungen der Frauen Rechnung getragen wird. Wenn es Ihnen auch lästig werden sollte, (...) ich bin der Meinung, daß dies nicht nur mein Recht als Bürgerin, sondern auch meine Pflicht ist, weil ich glaube, daß wir nur dann, wenn wir wirklich eine Volksvertretung werden, eine, die Männer und Frauen umschließt, die schweren Aufgaben unserer Zeit leisten können.“

**Nachredner Heinrich Steinfeldt** (SPD): Antwort auf Emmy Beckmanns Rede zu ihrem Antrag: „dem Senat müssen Frauen angehören“:

„Sie können sich darauf verlassen, daß wir in dem Augenblick darauf zurückgreifen werden, wie Sie es vorgeschlagen haben, eine oder zwei weitere Frauen in den Senat hineinzuwählen, wenn sie den Vergleich mit Männern einigermaßen aushalten, wir wollen es nicht völlig verlangen.“

\* 1946 wurde erstmals in der jahrhundertealten Geschichte des Hamburger Senats eine Frau in den Senat gewählt (Paula Karpinski, SPD).

**13. FEBRUAR 1952** *Bürgerschaftssitzung (Stenographische Berichte, 3. Sitzung, S. 106f.)*

**Else Kesting** (CDU): Antrag: „Gefährdung der Jugend durch Schrifttum“

„In den Zeitungskiosken und bei den übrigen Zeitungshändlern nimmt der Aushang von Zeitschriften und Magazinen schmutzigster Art mit sittlich-anstößigem Inhalt und sexuell aufreizenden Umschlagbildern so überhand, daß weite Teile der Bevölkerung empört sind.“

**Zuruf Dr. Renatus Weber** (CDU):

„Können wir das nicht mal sehen?“ (*Große Heiterkeit im Plenarsaal*)

**Else Kesting:** „Sie kennen sie wahrscheinlich alle selber.“

**Zuruf Gerhard Schubert** (DP): „Der Herr Präsident wartet auch darauf!“

**Else Kesting:** „Es ist das erste Mal, daß ich dafür Geld ausgegeben habe.“

**Zuruf Edgar Engelhardt** (FDP):

„Haben Sie das denn kaufen mögen?“ (*Große Heiterkeit*)

**Else Kesting:** „(...) ich fühlte mich verpflichtet, auch einmal von diesen Dingen Kenntnis zu nehmen.“

**Zuruf Dr. Renatus Weber** (CDU):

„Sie haben wohl die harmlosesten gekauft?“

**Charlotte Walner-v. Deuten** (SPD): zum Thema Familienrecht – Anpassungsgesetz

Hier zu den §§ 1628/29

„Von allem weitläufigen Brimborium, das diese Bestimmungen enthalten, entkleidet, heißt es dort, daß die elterliche Gewalt von Mann und Frau gemeinsam ausgeübt wird und für den Fall, daß sie sich bei der Ausübung nicht einigen können, ist vorgesehen, daß der Mann die Entscheidung hat.“\*

**Zuruf Dr. Nevermann** (SPD):

„Pfui!“ (*Große Heiterkeit im Plenarsaal*)

\* Dieser „Stichentscheid“ des Ehemannes wurde 1957 im Zuge der bundesweiten Reform des BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) festgeschrieben. Zwei Jahre später erklärte das Bundesverfassungsgericht den „Stichentscheid“ des Mannes für verfassungswidrig im Sinne des seit 1949 bestehenden Gleichberechtigungsentartikels des Grundgesetzes. Doch erst 1979 wurde das Gesetz geändert, seitdem haben Mütter und Väter gleichrangig und gemeinsam die gesetzliche Vertretung ihres ehelichen Kindes und das Sorgerecht.

**Elsa Teuffert** (FDP): zum Antrag des Senats: „Haushaltsrest aus 1957. Bau von Altrentnerwohnungen auf dem Gelände der Altonaer Stifte an der Bernstorffstraße“

**Elsa Teuffert** beschwert sich während ihrer Rede, dass es im Plenum so laut ist:

„Hier ist es so furchtbar laut!“

**Präsident** (*Glocke des Präsidenten*), an Elsa Teuffert gewandt:

„Ich bitte fortzufahren.“

**Elsa Teuffert** (*fortfahrend*):

„(...) Ich habe immer das Pech, wenn ich spreche, daß Herr Senator Schmedemann ...“

**Präsident** (*unterbrechend*):

„Frau Teuffert beschwert sich, daß es laut sei durch allerlei persönliche Reden. Ich bitte Sie darauf Rücksicht zu nehmen. Frau Teuffert kann sich sonst nicht durchsetzen. Diese Unterhaltungen können wir verschieben, wenn ein Mann mit starker Stimme dran ist.“

**Helene Meibohm (SPD):**

„Irgendwo hat der Finanzsenator bestimmt noch ein verstecktes Wunderkästchen (...).“

**Zuruf Peter-Heinz Müller-Link (FDP):**

„So eine Art Strumpf, ja?“

**Helene Meibohm:**

„Ja, ja, ich bin eine Frau und weiß (...), daß wir Frauen immer noch etwas in Reserve haben, und der Finanzsenator hat im Grunde genommen eine außerordentlich starke Konkurrenz in den Frauen. Wenn sie nicht so phantastische Finanzsenatorinnen im Haushalt\* wären, würde unsere ganze Wirtschaft wahrscheinlich nicht so florieren, wie sie es tut.“

\* Gemeint sind all die Hausfrauen, die in ihrer Familie mit dem Haushaltsgeld gut wirtschaften.

**14. APRIL 1976** *Bürgerschaftssitzung (Plenarprotokoll, 50. Sitzung, S. 2944)*

**Ursula Pohl** (FDP): zur Großen Anfrage der weiblichen Abgeordneten in der Bürgerschaft zum Thema  
„Begleitende Maßnahmen zum § 218“

„Männer entscheiden maßgeblich als Richter, Staatsanwälte und nicht zuletzt als Parlamentarier. Männliches Denken bestimmt weitgehend unsere Gesellschaft. Frauen haben sich bisher nur vereinzelt aus ihrer dienenden Rolle herausentwickelt. Sie sind gefangen in ihrer durch eine männliche Gesellschaft geprägten Rolle.“

**Zwischenruf von der CDU:** „Sie auch!“

**Ursula Pohl** (fortfahrend):

„Sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren und sachlich mit dem Partner auseinanderzusetzen – das gilt natürlich auch für die Herren der Schöpfung –, setzt für sie in vielen Fällen eine große Selbstüberwindung voraus. Solidarisches Handeln müssen sie erst erlernen.“

**Zwischenruf Volker Rühle** (CDU): „Der Kampf der Geschlechter!“

**Ursula Pohl** (fortfahrend):

„Auch die Männer werden langfristig nicht daran vorbeikommen, ihre Denkart ein wenig zu verändern. Wir hoffen, daß unsere Gesellschaft durch die verstärkte Einflußnahme der Frauen etwas menschlicher wird.“

**Zwischenruf Fridtjof Kelber** (CDU): „Das bezweifle ich, wenn ich Sie sehe!“ (*Heiterkeit*)

**Ursula Pohl:** „Sie sollen mich nicht anschauen, sondern etwas tun. Zwischen Sehen, Reden und Handeln besteht ein großer Unterschied.“

**Adrienne Goehler** (GRÜNE/GAL): Betrifft: Antrag der Fraktionen der SPD und CDU zur Drucksache 12/87: „Frauenfestival 1988“  
„Wir werden (...) das SPD-politische Herangehen an Kultur und an Frauenkultur daran messen, ob es zu Lasten des Frauenkulturhaushalts geht, ob es zum Beispiel vereinbar sein wird, daß die SPD die Notwendigkeit erkennt, daß eine Frauenwoche mit mageren 50 000 DM seit acht Jahren eine extreme Leistung auf die Beine stellt (...)“

**Zwischenruf Karl-Heinz Ehlers** (CDU): „Eine Männerwoche gibt es gar nicht!“

**Adrienne Goehler:** „Ja, die Männerwoche hätten Sie nötig. Ihre Existenz beweist wieder einmal: Männergruppen müssen her. Die Emanzipation der Frau ist inzwischen vorangeschritten; Ihre läßt außerordentlich zu wünschen übrig. (...)“

**Zwischenruf Karl-Heinz Ehlers** (CDU): „Stellen Sie mal einen Antrag für uns!“

Nachdem Adrienne Goehler weitergesprochen hat, kommt ein **Zwischenruf Hartmut Perschau** (CDU):

„Nun komm mal in die Puschen, Mädchen!“

**Adrienne Goehler:** „Ich wüßte nicht, daß wir uns seit neuestem duzen, Herr Perschau. Ich sag ja auch nicht: ‚Bub, halt den Mund‘ oder so.“

**Zwischenruf Karl-Heinz Ehlers** (CDU): „Das wird auch nichts!“

**Adrienne Goehler:** „(...) Bitte, Herr Perschau, bleiben Sie mir mit dem Du vom Leibe.“

**3. JUNI 1987** *Bürgerschaftssitzung (Plenarprotokoll, Wahlperiode 13, 1. Sitzung, S. 11)*

**Adrienne Goehler** (GRÜNE/GAL): Antrag der Fraktion der GRÜNEN/GAL: „Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft“

Nachdem die Abgeordnete **Cornelia Jürgens** (GRÜNE/GAL) ihre Rede in einem Sprachduktus gehalten hatte, der nur das weibliche Geschlecht bediente, sprach Adrienne Goehler (GRÜNE/GAL) zur Geschäftsordnung:

„Wie Sie vielleicht gemerkt haben, meine Herren – so Sie denn überhaupt zugehört haben –, sind Sie als Geschlecht in der Rede von Connie Jürgens nicht vorgekommen.“

**Zwischenruf Uwe Riez** (SPD): „Falsch!“ (*Unruhe bei der SPD, der CDU und der FDP*)

**Adrienne Goehler:**

„Ihr seid solche Rumpöbler, das ist grauenvoll – ein Zustand, der die Realität von Frauen tagtäglich beschreibt, dieses Hohe Haus eingeschlossen. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern findet auch sprachlich ihren Niederschlag: Wir kommen als eigenständige Personen, als solche bezeichnet, nicht vor, wir werden normalerweise unter die Männer subsumiert. So wurden wir heute zur Wahl ‚des Präsidenten‘ und des ‚Vizepräsidenten‘ eins und zwei eingeladen, obwohl jede und jeder von uns wußte, daß Frauen zur Wahl stehen und standen (...). Ein anderes Beispiel ...“

**Zwischenruf Dr. Martin Willich** (CDU): „Es spricht Frau Goehlerin!“

**Krista Sager (GAL):**

„Der Haushalt muss nicht nur deswegen in Frauenhand, weil Frauenprojekte, Fraueninitiativen und Frauenförderung immer noch weniger als ein Prozent des Gesamthaushaltes ausmachen. Wenn ich sage, der Haushalt muss in Frauenhand, dann meine ich damit auch nicht, er muss in die Hand einer weiblichen Finanzsenatorin, weil wir das ja schon mal hatten.“

**Zwischenruf Dr. Frank-Michael Wiegand (FDP):**

„Das nennen Sie Frauensolidarität!“

**Krista Sager:**

„Frauenhand meine ich in einem viel weiteren Sinne, nämlich den Einzug des spezifisch anderen weiblichen Blickes in die Lebensfelder der gesamten Politik.“

**Zwischenruf Dr. Frank-Michael Wiegand (FDP):**

„Es gibt aber auch schielende Frauen!“

**Cornelia Jürgens** (GAL) zum Antrag der GAL, die weibliche Sprachform durchgehend in die Geschäftsordnung der Bürgerschaft aufzunehmen:

**Zwischenruf Gert Boysen** (CDU): „Ihr habt Sorgen.“

**Cornelia Jürgens:**

„Machen wir uns doch nichts vor: Sprache diskriminiert. Sie ist ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse, sie macht in ganz direkter Weise deutlich, wer das Sagen hat. Aber Sprache ist auch veränderbar. Die bewußte Veränderung der Sprachregelung kann die Kritik dieser Bürgerschaft an den ungerechten Geschlechtsverhältnissen zum Ausdruck bringen.“

**11. MAI 2000**

*Bürgerschaftssitzung (Plenarprotokoll, Wahlperiode 16, 74. Sitzung, S. 3634)*

**Dr. Silke Urbanski** (SPD) zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion: „Wissenschaftliche und künstlerische Nachwuchsförderung von Frauen an Hamburger Hochschulen“

„Die Große Anfrage zeigt uns, daß es unter den Hochschulen und Fachbereichen in Hamburg ziemlich schlimme Jungs gibt. Das sind zum Beispiel die Wirtschaftswissenschaften. Dort gibt es keine Professorin. An der gesamten TU Harburg sind nur zwei Frauen Professorinnen, eine C3- und C2-Professur, keine Frau auf C4. Sogar die gute alte HWP hat nur drei Professorinnen.“

**Zwischenruf Dr. Leonhard Hajen** (SPD):

„Aber immerhin!“

**Dr. Silke Urbanski:**

„Das reicht mir nicht, vielleicht mag es dir reichen, Genosse Hajen. – Schlimmer noch: Die TU hat noch nicht einmal einen Frauenförderplan. Bei der TU scheint also noch nicht einmal der Wille da zu sein, die Situation zu analysieren und zu ändern.“

**Karen Koop** (CDU) zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU: „Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg“

„Die geschlechtergerechte Universität ist in erster Linie eine familiengerechte Hochschule, denn in dem Moment, wo Studierende oder Lehrende eine Familie haben, merken sie, dass sie benachteiligt werden. Die familiengerechte Hochschule ist also eine Frauensache, weil es leider noch überwiegend Frauen betrifft. Langsam, wenn auch sehr langsam, aber stetig verändert sich dieses Bild. Wenn man heute über die Universitäten oder Hochschulen geht, dann gibt es in der Cafeteria eine Spielecke, es gibt Wickel- und Stillräume ...“

**Zwischenruf Wilfried Buss** (SPD):

„Hier?“ *(Heiterkeit bei allen Fraktionen)*

**Karen Koop:**

„.... in denen man der Vorlesung folgen kann. Doch nicht hier, in der Universität, Herr Buss. Ab und zu sollten Sie vielleicht kontinuierlich zuhören und nicht nur zwischendurch aufwachen.“

**Mareike Engels** (GRÜNE) zum Antrag der AfD-Fraktion „Gender-Sprache im Hamburger Staat und in der Verwaltung abschaffen“:

„Aber eigentlich geht es in dieser Debatte gar nicht um die Veränderung der Sprache als solcher. Es geht vielmehr um einen Angriff auf die Geschlechtergerechtigkeit im Ganzen, den die AfD an verschiedenen Stellen führt. (...) Aber ich bin mir sicher, dass nicht nur ich, sondern sicherlich die allermeisten hier im Saal das Grundgesetz ernst nehmen. Das bedeutet, dass wir uns für die Gleichstellung und dafür einsetzen, dass niemand diskriminiert wird. In diesem Kontext muss ich mich eigentlich fast bei der AfD bedanken: Sie hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass es noch keine Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache gibt – etwas, wofür bestimmt meine Kollegin Frau Dobusch und ich uns jetzt schleunigst einsetzen werden, dass sie kommt.“

**Zwischenruf Dirk Kienschurf** (SPD): „Oh, nee!“

**IMPRESSUM** Herausgeberin: Landesfrauenrat Hamburg e. V., Grindelallee 43, Innenhof/Sauerberghof, 20146 Hamburg, Telefon: 040-422 60 70, Telefax: 040-422 60 80, E-Mail: info(at)landesfrauenrat-hamburg.de, Website: <https://landesfrauenrat-hamburg.de/>

© Landesfrauenrat Hamburg, Hamburg 2019 Gestaltung: Andrea Orth Druck: Max Siemen KG

Die Herstellung des Leporellos wurde finanziell unterstützt durch eine Zuwendung der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg.

